

„Legitimation durch ePartizipation. Politische Online-Beteiligungsverfahren aus diskurs- und systemtheoretischer Sicht“

zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades der Diplom-Soziologie.

Mit der Arbeit wurde sich dem Feld neuartiger, politischer Beteiligungsverfahren im Internet gewidmet, die seit Längerem größere stadtplanerische Maßnahmen oder Gesetzesentwürfe in vielen Ländern und Kommunen Deutschlands begleiten. Zum einen sollte eine rechtliche und institutionelle Einordnung der Online-Verfahren in die etablierten Möglichkeiten direktdemokratischer Entscheidungsfindung erfolgen. Zum anderen sollten die Online-Beteiligungen aus der Sicht verschiedener soziologischer Theorien betrachtet werden, die Verfahren unter den Prämissen politischer und rechtlicher Legitimität sowie öffentlicher Beteiligung thematisiert haben. In der Arbeit wurden dazu deliberative Integrationskonzepte sowie Konzepte der Procedural-Justice-Forschung einer differenzierungstheoretischen Problematisierung unterzogen. Wohingegen die Procedural-Justice-Forschung den prozeduralistischen Ablauf von Beteiligungen an Entscheidungen identitätsstiftende Mechanismen attestiert und Verfahren vor allem als Konsensbetrug im Sinne einer schleichenden Überzeugung wider Willen behandelt, stellen neuere Konzepte deliberativer Öffentlichkeit derartige Verfahren, als eine Schleuse dar, die kommunikative in administrative Macht überführt. Der Ansatz beruht auf einer Moralisierung von Teilnahmebedingung und stellt über den Rechtspositivismus auf eine Konsensdefinition des Legitimitätsbegriffs ab. Die Systemtheorie Luhmanns beschreibt diese Form der Legitimierung dagegen als einen Kommunikationsprozess, der durch selektive Entscheidungen der Beteiligten vorangetrieben wird und deren vorrangige Funktion in der Strukturierung der Entscheidungssituation liegt. Akzeptanzerzeugung vollzieht sich aus dieser Perspektive im Verbund mit Systembildung, durch die Verzahnung von Generalisierungen, Komplexitätsreduktion und die Exklusion unpassender sozialer Rollen. Online-Beteiligungsverfahren bewirken trotz rechtlicher Unverbindlichkeit vergleichsweise hohe Legitimität. In der Arbeit wurde gezeigt, dass sie dies tun, indem sie einen unbegrenzten Inklusionsbereich und damit leicht zugängliche Teilnahmemöglichkeiten suggerieren, aber dennoch Mechanismen kennen Komplexität gering zu halten und sie durch die suggerierte Allinklusion, die Generalisierung von Kritik im Anschluss an das Verfahren erschweren.